



Amtliche Bekanntmachungen

Herausgegeben von der Zentralen Verwaltung
Jahrgang 36 – Nr. 2 – 12.03.2010
ISSN 1866-2862

Inhaltsverzeichnis

AMTLICHE VERÖFFENTLICHUNGEN

Prüfungs- und Studienordnung der Universität Tübingen für die Studiengänge der Fakultät für Biologie mit akademischer Abschlussprüfung Bachelor of Science (B.Sc.) und Master of Science (M.Sc.) 28

Siebte Satzung zur Änderung der Promotionsordnung der Universität Tübingen für die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät 46

VOLLZUG VON BESCHLÜSSEN VON SENAT UND UNIVERSITÄTSRAT

Neueinrichtung oder Änderung von Universitätseinrichtungen:

Auflösung der Abteilungsstrukturen im Institut für Politikwissenschaft 48

Erweiterung der Institutsbezeichnung des „Instituts für ökumenische Forschung“ in „Institut für ökumenische und interreligiöse Forschung“ 48

VOLLZUG VON BESCHLÜSSEN DES VORSTANDES UND AUFSICHTSRATS DES UNIVERSITÄTSKLINIKUMS TÜBINGEN

Änderung der Gliederung des Universitätsklinikums – Einrichtung der Abteilung „Neurologie mit Schwerpunkt Epileptologie“ 48

**Prüfungs- und Studienordnung der Universität Tübingen für die Studiengänge
der Fakultät für Biologie mit akademischer Abschlussprüfung
Bachelor of Science (B.Sc.) und Master of Science (M.Sc.)**

Inhaltsübersicht

- A. Allgemeiner Teil
 - I. Allgemeine Bestimmungen
 - II. Orientierungsprüfung
 - III. Zwischenprüfung
 - IV. Bachelorprüfung
 - V. Masterprüfung
 - VI. Übergangs- und Schlussbestimmungen

- B. Besondere Teile für die Studiengänge:
 - 1. Bachelor of Science in Biologie
 - 2. Master of Science in Biologie

A. Allgemeiner Teil

Aufgrund von § 19 Abs. 1 Ziff. 9, § 34 Abs. 1 LHG in der Fassung vom 1.1.2005, zuletzt geändert durch das KIT-Zusammenführungsgesetz vom 14. Juli 2009, hat der Senat in seiner Sitzung am 18. Februar 2010 den nachstehenden Allgemeinen Teil der Prüfungs- und Studienordnung für die Studiengänge der Fakultät für Biologie mit akademischer Abschlussprüfung Bachelor of Science (B.Sc.) und Master of Science (M.Sc.) beschlossen. Der Rektor hat seine Zustimmung am 4. März 2010 erteilt.

Inhaltsübersicht 2

I. Allgemeine Bestimmungen

§§

- 1 Struktur der Studiengänge
- 2 Studiengänge
- 3 Studienaufbau, Regelstudienzeit, Module, Leistungspunkte
- 4 Zugang zu Modulen und Lehrveranstaltungen
- 5 Zweck der Prüfungen
- 6 Prüfungsausschuss
- 7 Prüfer
- 8 Fristen für das Ablegen der Prüfungen
- 9 Zulassungsverfahren und Allgemeine Zulassungsvoraussetzungen für alle Prüfungen
- 10 Aufbau der Prüfungen, Arten der Prüfungsleistungen, Prüfungsorganisation
- 11 Studienbegleitende mündliche Prüfungsleistungen
- 12 Studienbegleitende schriftliche Prüfungsleistungen
- 13 Bewertung der Prüfungsleistungen
- 14 Bestehen und Nichtbestehen
- 15 Wiederholung von Prüfungsleistungen

- 16 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß
- 17 Anrechnung von Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen
- 18 Ungültigkeit von Prüfungen
- 19 Einsicht in die Prüfungsakten

II. Orientierungsprüfung

§§

- 20 Voraussetzungen für die Zulassung zur Orientierungsprüfung
- 21 Durchführung, Art und Umfang der Orientierungsprüfung

III. Zwischenprüfung

§§

- 22 Voraussetzungen für die Zulassung zur Zwischenprüfung
- 23 Durchführung, Art und Umfang der Zwischenprüfung

IV. Bachelorprüfung

§§

- 24 Voraussetzungen für die Zulassung zur Bachelorprüfung
- 25 Durchführung, Art und Umfang der Bachelorprüfung

26 Bachelorarbeit

27 Zeugnis der Bachelorprüfung

28 Hochschulgrad und Bachelorurkunde

V. Masterprüfung

§§

- 29 Voraussetzungen für die Zulassung zur Masterprüfung
- 30 Durchführung, Art und Umfang der Masterprüfung

31 Masterarbeit

32 Zeugnis der Masterprüfung

33 Hochschulgrad und Masterurkunde

VI. Schlussbestimmungen

§§

34 Inkrafttreten

35 Übergangsregelung

I. Allgemeine Bestimmungen

Alle Amts-, Status-, Funktions- und Berufsbezeichnungen in dieser Ordnung betreffen gleichermaßen Frauen und Männer.

§ 1 Struktur der Studiengänge

- (1) Das Studium an der Fakultät für Biologie der Universität Tübingen gliedert sich in ein Bachelorstudium und in ein Masterstudium. ²Mit Bestehen der Bachelorprüfung wird ein erster Hochschulabschluss, mit Bestehen der Masterprüfung ein weiterer Hochschulabschluss erworben.
- (2) Auf Grund der bestandenen Bachelorprüfung wird der akademische Grad eines „Bachelor of Science“ („B.Sc.“) und auf Grund der bestandenen Masterprüfung der akademische Grad eines „Master of Science“ („M.Sc.“) verliehen.
- (3) Im Bachelorstudium wird ein B.Sc.-Studiengang nach § 2 studiert.
- (4) Im Masterstudium wird ein M.Sc.-Studiengang nach § 2 studiert. ²Voraussetzung für das Studium in einem M.Sc.-Studiengang ist der Abschluss eines B.Sc.-Studiengangs oder ein gleichwertiger Abschluss.

§ 2 Studiengänge

An der Fakultät für Biologie ist das Studium und der Abschluss folgender B.Sc.- bzw. M.Sc.-Studiengänge als konsekutive Studiengänge möglich:

- Bachelor of Science in Biologie
- Master of Science in Biologie

§ 3 Studienaufbau, Regelstudienzeit, Module, Leistungspunkte (LP)

(1) ¹Die Regelstudienzeit beträgt:

- sechs Semester im B.Sc.-Studiengang
- vier Semester in dem M.Sc.-Studiengang nach dieser Ordnung.

²Das konsekutive Studium von B.Sc.-Studiengang und M.Sc.-Studiengang nach dieser Ordnung hat eine Regelstudienzeit von zehn Semestern. ³Das erste Studienjahr wird mit der Orientierungsprüfung abgeschlossen, das zweite Studienjahr mit der Zwischenprüfung. ⁴Im letzten Semester des B.Sc.-Studiengangs ist der Abschluss der Bachelorarbeit, im letzten Semester des M.Sc.-Studiengangs der Abschluss der Masterarbeit vorgesehen.

(2) ¹Das Studium nach dieser Ordnung ist in allen Abschnitten modular aufgebaut. ²Ein Modul bezeichnet einen Verbund von thematisch und zeitlich aufeinander abgestimmten Lehrveranstaltungen, die entsprechend dem für eine erfolgreiche Teilnahme erforderlichen Zeitaufwand mit einer bestimmten Zahl von Leistungspunkten verbunden sind. ³Die Module bis zur Zwischenprüfung werden als Grundmodule, die Module im 5. und 6. Semester des B.Sc.-Studiengangs und des gesamten Masterstudiengangs werden als Schwerpunktmodule bezeichnet. ⁴Der Bachelorarbeit geht ein vorbereitendes Projektmodul voran. ⁵Die Lehrveranstaltungen zu einem Modul finden in der Regel im selben Semester statt.

(3) ¹Leistungspunkte werden für die erfolgreiche Teilnahme an Studien- und Prüfungsleistungen vergeben. ²Für die Module bis zur Zwischenprüfung werden insgesamt 120 Leistungspunkte vergeben. ³Die Leistungspunkte für bestandene Schwerpunktmodule eines Studiengangs nach dieser Ordnung werden in den Besonderen Teilen dieser Ordnung geregelt. ⁴Die Maßstäbe für die Zuordnung von Leistungspunkten entsprechen dem ECTS (European Credit Transfer System). ⁵Die Arbeitsbelastung für die Studierenden beträgt 25 bis 30 Arbeitsstunden pro Leistungspunkt und der gesamte Arbeitsaufwand des Studierenden entspricht pro Semester 30 Leistungspunkten. ⁶Die Verteilung der Leistungspunkte auf die einzelnen Module im Pflicht-, Wahlpflicht- und Wahlbereich ergibt sich aus den Besonderen Teilen dieser Ordnung.

(4) ¹Zum erfolgreichen Abschluss des sechssemestrigen B.Sc.-Studiengangs sind 180 Leistungspunkte zu erwerben. ²Zum erfolgreichen Abschluss eines viersemestrigen M.Sc.-Studiengangs sind 120 Leistungspunkte zu erwerben. ³Insgesamt ist der Erwerb von bis zu 30 Leistungspunkten über die nach dieser Ordnung für den jeweiligen Studiengang vorgeschriebenen Leistungspunkte hinaus zulässig; darüber hinaus können keine weiteren Leistungspunkte erworben werden. ⁴Zusätzliche Leistungspunkte werden dem Leistungs-punktekonto des Studierenden hinzugezählt und in der Leistungsübersicht (vgl. § 27 Abs. 2 und § 32 Abs. 2) aufgeführt. ⁵Die Ergebnisse aus diesen zusätzlichen Leistungspunkten gehen nicht in die Berechnung der Modul- und der Gesamtnoten ein. ⁶Alle Prüfungen dieser Ordnung können vor Ablauf einer für die Meldung festgesetzten Frist abgelegt werden, sofern die für die Zulassung zur Prüfung erforderlichen Leistungen nachgewiesen sind.

§ 4 Zugang zu Modulen und Lehrveranstaltungen

¹Das Recht zur Teilnahme an bestimmten Modulen oder der Zugang zu einem Studienabschnitt kann von dem Erbringen bestimmter Studienleistungen oder dem Bestehen einer Prüfung abhängig gemacht werden, wenn dies zur ordnungsgemäßen Durchführung

des Studiums in der Lehrveranstaltung oder dem Studienabschnitt geboten ist.
²Entsprechende Regelungen sind in den Besonderen Teilen dieser Ordnung festgelegt.

§ 5 Zweck der Prüfungen

- (1) ¹Mit der Orientierungsprüfung sollen die Studierenden nachweisen, dass sie den Anforderungen an ein wissenschaftliches Studium in dem von ihnen gewählten Studiengang gewachsen sind und dass sie insbesondere die fachlichen und methodischen Fertigkeiten erworben haben, die erforderlich sind, um das Studium mit Erfolg fortsetzen zu können.
- (2) ¹Mit der Zwischenprüfung sollen die Studierenden nachweisen, dass sie das Ziel des zweiten Studienjahres erreicht haben und damit in dem studierten Studiengang die inhaltlichen Grundlagen der Biologie, das methodische Instrumentarium und die systematische Orientierung erworben haben, die erforderlich sind, um den B.Sc.-Studiengang erfolgreich abschließen zu können.
- (3) ¹Die Bachelorprüfung ist der Regelabschluss und bildet den berufsqualifizierenden Abschluss des B.Sc.-Studiengangs. ²Mit der Bachelorprüfung weisen die Studierenden nach,
 - dass sie in ihrem B.Sc.-Studiengang über ein breites wissenschaftlich fundiertes Grundwissen sowie über vertiefte Kenntnisse in den gewählten Schwerpunkten ihres Bachelorstudiums verfügen,
 - dass sie das methodische Instrumentarium dieses Studienfachs in dem Maße beherrschen, das für die Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse in verschiedenen Praxisfeldern notwendig ist,
 - dass sie auf eine berufliche Tätigkeit in ihrem Fachgebiet vorbereitet sind.
- (4) ¹Die Masterprüfung setzt ein zuvor abgeschlossenes erstes Hochschulstudium voraus und bildet den berufsqualifizierenden Abschluss des M.Sc.-Studiengangs. ²Mit der Masterprüfung weisen die Studierenden über das Ziel ihres B.Sc.-Studiengangs hinaus nach,
 - dass sie im Bachelorstudium zuvor erworbene Kompetenzen erweitert haben,
 - dass sie über vertiefte Kenntnisse in den gewählten Schwerpunkten ihres Masterstudiums verfügen,
 - dass sie die Fähigkeit erworben haben, wissenschaftliche Fragestellungen aus ihrem Masterstudiengang mit den einschlägigen Methoden selbstständig zu bearbeiten und anzuwenden.

§ 6 Prüfungsausschuss

- (1) ¹Für die Organisation der Prüfungen und alle anderen durch diese Ordnung zugewiesenen Aufgaben bildet die Fakultät für Biologie einen Prüfungsausschuss. ²Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses, das ihn im Verhinderungsfall vertretende Mitglied, die weiteren Mitglieder sowie deren Stellvertreter werden vom Fakultätsrat der Fakultät für Biologie bestellt. ³Der Prüfungsausschuss setzt sich wie folgt zusammen:
 1. drei Professoren, die hauptberuflich an der Fakultät Biologie tätig sind,
 2. ein Mitglied des wissenschaftlichen Dienstes,
 3. ein Mitglied der Studierenden (mit beratender Stimme).

⁴Den Vorsitz im Prüfungsausschuss kann, auch stellvertretend, nur ein Professor führen.

⁵Der Vorsitzende führt im Regelfall die Geschäfte des Prüfungsausschusses. ⁶Darüber hinaus kann der Ausschuss dem Vorsitzenden bestimmte Aufgaben widerruflich übertragen; dies gilt nicht für die Entscheidung über Widersprüche. ⁷Zur Erledigung der Geschäfte der laufenden Verwaltung steht dem Prüfungsausschuss das Prüfungsamt zur Verfügung.

- (2) ¹Die Amtszeit der Mitglieder beträgt zwei Jahre, die des studentischen Mitglieds ein Jahr. ²Wiederwahl ist möglich. ³Scheidet ein Mitglied vorzeitig aus, wird ein Nachfolger für die restliche Amtszeit gewählt.
- (3) ¹Der Prüfungsausschuss achtet darauf, dass die Bestimmungen dieser Ordnung eingehalten werden. ²Er berichtet der Fakultät regelmäßig über die Entwicklung der Prüfungs- und Studienzeiten einschließlich der Bearbeitungszeiten für die Bachelor- und Masterarbeiten sowie über die Verteilung der Modul- und der Gesamtnoten. ³Der Prüfungsausschuss hat sicherzustellen, dass Leistungsnachweise und Prüfungsleistungen in den in dieser Ordnung festgelegten Zeiträumen abgelegt werden können. ⁴Zu diesem Zweck werden die Studierenden rechtzeitig über (i) Art und Zahl der zu erbringenden Leistungsnachweise, (ii) Art und Zahl der zu absolvierenden Prüfungsleistungen, (iii) die Termine, zu denen sie zu erbringen sind, und (iv) den Aus- und Abgabezeitpunkt der Bachelor- und Masterarbeit informiert.
- (4) ¹Die Mitglieder des Prüfungsausschusses haben das Recht, bei der Abnahme der Prüfungen zugegen zu sein.
- (5) ¹Die Sitzungen des Prüfungsausschusses sind nichtöffentlich. ²Mitglieder des Prüfungsausschusses und die sie vertretenden Personen unterliegen der Amtsverschwiegenheit. ³Sofern sie nicht im öffentlichen Dienst stehen, hat sie der Vorsitzende zur Verschwiegenheit zu verpflichten.
- (6) ¹Belastende Entscheidungen des Prüfungsausschusses oder seines Vorsitzenden sind dem Prüfling unverzüglich schriftlich mit Begründung unter Angabe der Rechtsgrundlage mitzuteilen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen. ²Widersprüche gegen diese Entscheidungen sind innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe der Entscheidung schriftlich an den Prüfungsausschuss zu richten. ³Hilft der Prüfungsausschuss dem Widerspruch nicht ab, so ist dieser dem für die Lehre zuständigen Mitglied des Vorstands zur Entscheidung vorzulegen.

§ 7 Prüfer

- (1) ¹Der Prüfungsausschuss bestellt die Prüfer. ²Er kann die Bestellung dem Vorsitzenden übertragen. ³Dieser sorgt dafür, dass die Prüfer rechtzeitig bekannt gemacht werden.
- (2) ¹Befugt zur Abnahme von Prüfungen, die nicht studienbegleitend in Verbindung mit einzelnen Lehrveranstaltungen durchgeführt werden, sowie zur Bewertung der Bachelorarbeit sind in der Regel die hauptberuflich bei der Fakultät Biologie tätigen Professoren, Privatdozenten sowie die akademischen Mitarbeiter, denen der Vorstand auf Grund langjähriger erfolgreicher Lehrtätigkeit die Prüfungsbefugnis übertragen hat. ²Sonstige akademische Mitarbeiter, Lehrbeauftragte und Lehrkräfte für besondere Aufgaben können nur dann ausnahmsweise zu Prüfern bestellt werden, wenn Prüfer nach Satz 1 nicht in genügendem Ausmaß zur Verfügung stehen.
- (3) ¹Soweit Prüfungsleistungen studienbegleitend im Rahmen von Lehrveranstaltungen erbracht werden, gelten § 11 Abs. 1 und § 12 Abs. 1.
- (4) ¹Für die Prüfer gilt § 6 Abs. 5 entsprechend.

§ 8 Fristen für das Ablegen der Prüfungen

- (1) ¹Die Orientierungsprüfung ist bis zum Ende des zweiten Semesters abzulegen. ²Ist die Orientierungsprüfung einschließlich etwaiger Wiederholungen nicht spätestens bis zum Ende des dritten Semesters abgeschlossen, so erlischt der Prüfungsanspruch, es sei denn, dass der Prüfling die Fristüberschreitung nicht zu vertreten hat.
- (2) ¹Die Zwischenprüfung ist bis zum Ende des vierten Semesters abzulegen. ²Ist die Zwischenprüfung einschließlich etwaiger Wiederholungen nicht spätestens bis zum Ende des sechsten Semesters abgeschlossen, so erlischt der Prüfungsanspruch, es sei denn, dass der Prüfling die Fristüberschreitung nicht zu vertreten hat.
- (3) ¹Die Bachelorprüfung ist – entsprechend der festgesetzten Regelstudienzeit – bis zum Ende des sechsten Semesters abzulegen. ²Ist die Bachelorprüfung einschließlich etwaiger Wiederholungen bis zum Ende des neunten Semesters nicht abgeschlossen,

so erlischt der Prüfungsanspruch, es sei denn, dass der Prüfling die Fristüberschreitung nicht zu vertreten hat.

- (4) ¹Die Masterprüfung ist bis zum Ende des vierten Semesters des Masterstudiengangs abzulegen. ²Ist die Masterprüfung einschließlich etwaiger Wiederholungen bis zum Ende des siebten Semesters nicht abgeschlossen, so erlischt der Prüfungsanspruch, es sei denn, dass der Prüfling die Fristüberschreitung nicht zu vertreten hat.
- (5) ¹Für Studierende, die mit einem Kind unter drei Jahren, für das ihnen die Personensorge zusteht, im selben Haushalt leben und es überwiegend allein versorgen, können die Fristen für die einzelnen Prüfungsleistungen um bis zu drei Semester verlängert werden. ²Fristen für Wiederholungsprüfungen und die Orientierungsprüfung können um höchstens zwei Semester verlängert werden. ³Die Berechtigung erlischt mit dem Ablauf des Semesters, in dem diese Voraussetzungen entfallen. ⁴Die Berechtigung erlischt spätestens mit Ablauf des Semesters, in dem das Kind sein drittes Lebensjahr vollendet hat. ⁵Der Studierende hat die entsprechenden Nachweise zu führen; er ist verpflichtet, Änderungen in den Voraussetzungen unverzüglich mitzuteilen.
- (6) ¹Für Studierende, die wegen länger andauernder Krankheit oder wegen länger andauernder oder ständiger körperlicher Behinderung nicht in der Lage sind, die Lehrveranstaltungen regelmäßig zu besuchen oder die erwarteten Studienleistungen zu erbringen, können die Fristen für die einzelnen Prüfungsleistungen um bis zu drei Semester verlängert werden. ²Fristen für Wiederholungsprüfungen und die Orientierungsprüfung können um höchstens zwei Semester verlängert werden. ³Der Studierende hat insbesondere ärztliche Atteste vorzulegen; die Universität kann in Zweifelsfällen die Vorlage eines Attestes eines von ihr benannten Arztes oder eines Amtsarztes verlangen. ⁴Über Fristverlängerungen entscheidet der Prüfungsausschuss auf schriftlichen Antrag. ⁵Die Möglichkeit der Inanspruchnahme der Schutzfristen des Mutterschutzgesetzes sowie der Fristen für die Elternzeit nach Maßgabe des jeweils gültigen Gesetzes über die Gewährung von Erziehungsgeld und Elternzeit (BerzGG) ist gewährleistet. ⁶Der Prüfungsausschuss entscheidet auf Antrag über die Dauer der Fristverlängerung.
- (7) ¹Eine Tätigkeit als gewähltes Mitglied in gesetzlich vorgesehenen Gremien oder satzungsmäßigen Organen der Hochschule oder des Studentenwerks während mindestens eines Jahres kann bis zu einem Studienjahr bei der Berechnung der Prüfungsfristen berücksichtigt werden; die Entscheidung darüber trifft der Fakultätsvorstand bzw. der Rektor.

§ 9 Zulassungsverfahren und Allgemeine Zulassungsvoraussetzungen für alle Prüfungen

- (1) ¹Zu den in § 5 aufgeführten Prüfungen wird zugelassen, wer
1. während des gesamten Studiums für diesen Studiengang zugelassen und immatrikuliert ist, unter Berücksichtigung von anrechenbaren, externen Studienleistungen nach § 17,
 2. seinen Prüfungsanspruch für die jeweilige Prüfung nicht mit dem Überschreiten der Fristen nach § 8 verloren hat,
 3. den Prüfungsanspruch nicht endgültig in einer Orientierungs-, Zwischen-, Bachelor- oder Masterprüfung eines B.Sc.- oder M.Sc.-Studiengangs nach dieser Ordnung oder eines im Wesentlichen gleichen Studiengangs verloren hat.
- (2) ¹Ort, Zeit und Art der Prüfung werden in der vom Prüfungsausschuss festgelegten Form rechtzeitig bekannt gegeben. ²Die Anmeldung zu den Modulprüfungen erfolgt in der vom Prüfungsausschuss festgelegten und bekanntgegebenen Form.
- (3) ¹Sind Studienleistungen an anderen Institutionen erbracht worden, müssen sie durch entsprechende Unterlagen und Zeugnisse nachgewiesen werden. ²Zeugnisse und Unterlagen, die nicht in deutscher oder englischer Sprache ausgestellt worden sind, sind in beglaubigter deutscher oder englischer Übersetzung vorzulegen.
- (4) ¹Die eingereichten Unterlagen verbleiben bis auf die Originale der Zeugnisse in den Prüfungsakten.

§ 10 Aufbau der Prüfungen, Arten der Prüfungsleistungen, Prüfungsorganisation

- (1) ¹Die Masterprüfung setzt die Bachelorprüfung voraus; die Bachelorprüfung setzt die Zwischenprüfung voraus und diese die Orientierungsprüfung.
- (2) ¹Prüfungsleistungen sind:
 1. studienbegleitende mündliche Prüfungsleistungen (§ 11),
 2. studienbegleitende schriftliche Prüfungsleistungen (§ 12),
 3. die Bachelorarbeit (§ 26)
 4. die Masterarbeit (§ 31),soweit in den Besonderen Teilen dieser Ordnung nicht andere kontrollierte, nach gleichen Maßstäben bewertbare Prüfungsleistungen vorgesehen sind. ²Die Einzelheiten über Art, Umfang und Inhalt der Prüfungen ergeben sich aus den Bestimmungen für die Studiengänge in den Besonderen Teilen dieser Ordnung.
- (3) ¹Mit Ausnahme der Bachelorarbeit und Masterarbeit werden Prüfungen studienbegleitend in Verbindung mit einzelnen Grundmodulen bis zur Zwischenprüfung bzw. Schwerpunktmodulen oder Projektmodulen bis zur Bachelor- oder Masterprüfung abgenommen.
- (4) ¹Prüfungen werden an zwei Terminen je Semester und Modul – als Erstprüfung und als Wiederholungsprüfung – abgehalten. ²Prüfungstermine werden vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses im Einvernehmen mit den Prüfern festgesetzt. ³Regelmäßig findet die Prüfung (Erstprüfung) zeitlich unmittelbar nach Abschluss der Lehrveranstaltung statt, wobei zwischen der letzten Stoffvermittlung und der Klausur bzw. mündlichen Prüfung mindestens eine Woche liegen soll. ⁴Die Prüfungstermine der Wiederholungsprüfungen sind in § 15 Abs. 2 geregelt.
- (5) ¹Die Anmeldung zu den Prüfungen erfolgt grundsätzlich zum Prüfungstermin der Erstprüfung direkt im Anschluss an die Lehrveranstaltungen des Moduls.
- (6) ¹Macht ein Prüfling durch Vorlage eines ärztlichen Attestes glaubhaft, dass er wegen länger andauernder oder ständiger gesundheitlicher Beschwerden nicht in der Lage ist, Prüfungsleistungen ganz oder teilweise in der vorgesehenen Form abzulegen, so kann ihm der Vorsitzende des Prüfungsausschusses gestatten, die Prüfungsleistungen innerhalb einer verlängerten Bearbeitungszeit oder gleichwertige Prüfungsleistungen in einer anderen Form zu erbringen. ²Entsprechendes gilt für Studienleistungen.
- (7) Beurlaubte Studierende sind nicht berechtigt, an studienbegleitenden Prüfungsleistungen, die Teil einer Lehrveranstaltung sind, teilzunehmen. Ausgenommen sind Wiederholungsprüfungen, die ohne erneute Teilnahme an der Lehrveranstaltung absolviert werden.

§ 11 Studienbegleitende mündliche Prüfungsleistungen

- (1) ¹Mündliche Prüfungsleistungen werden studienbegleitend in Verbindung mit einzelnen Modulen bzw. Teilmodulen abgenommen. ²Der Prüfungsausschuss bestellt eines derjenigen Mitglieder des Lehrkörpers zum Prüfer, welche die dem Modul bzw. Teilmodul zugrunde liegende Lehrveranstaltung durchgeführt haben. ³Im Verhinderungsfall bestellt der Prüfungsausschuss ein anderes prüfungsberechtigtes Mitglied, das am Lehrprogramm des B.Sc.- bzw. M.Sc.-Studiengangs beteiligt ist.
- (2) ¹Als studienbegleitende mündliche Prüfungsleistungen kommen mündliche Prüfungen, Kolloquien, Referate und andere mündliche Prüfungsformen in Betracht. ²Einzelheiten werden von den Leitern der Lehrveranstaltungen zu Beginn derselben bekannt gegeben. ³Das Ergebnis einer mündlichen Prüfungsleistung wird dem Kandidaten mitgeteilt.
- (3) ¹In mündlichen Prüfungen soll der Prüfling nachweisen, dass er die Zusammenhänge des Prüfungsgebiets erkennt und spezielle Fragestellungen in diese Zusammenhänge einzuordnen vermag. ²Die Dauer einer mündlichen Prüfung beträgt je Prüfling in der Regel zwischen 15 und 30 Minuten. ³Die wesentlichen Gegenstände und die Ergebnisse einer mündlichen Prüfung sind in einem Protokoll festzuhalten, das vom Prüfer zu unterzeichnen ist.

§ 12 Studienbegleitende schriftliche Prüfungsleistungen

- (1) ¹Schriftliche Prüfungsleistungen werden studienbegleitend in Verbindung mit einzelnen Modulen abgenommen. ²Der Prüfungsausschuss bestellt eines derjenigen Mitglieder des Lehrkörpers zum Prüfer, welche die dem Modul zugrunde liegende Lehrveranstaltung durchgeführt haben. ³Im Verhinderungsfall bestellt der Prüfungsausschuss ein anderes prüfungsberechtigtes Mitglied, das am Lehrprogramm des B.Sc.- bzw. M.Sc.-Studiengangs beteiligt ist.
- (2) ¹Als studienbegleitende schriftliche Prüfungsleistungen kommen Klausuren, Hausarbeiten, Niederschriften von Referaten und andere schriftliche Prüfungsformen in Betracht. ²Einzelheiten werden von den Leitern der Lehrveranstaltungen zu Beginn derselben bekannt gegeben.
- (3) ¹In Klausurarbeiten und in sonstigen schriftlichen Arbeiten soll der Prüfling nachweisen, dass er in begrenzter Zeit und mit begrenzten Hilfsmitteln mit den Methoden seines Fachs ein Problem erkennen und Wege zu einer Lösung finden kann. ²Die Dauer einer Klausurarbeit beträgt in der Regel zwischen 60 und 180 Minuten. ³Dem Prüfling können mehrere Aufgaben gestellt werden, unter denen er auswählt. ⁴Innerhalb von acht Wochen nach Bekanntgabe der Bewertung ist dem Kandidaten Gelegenheit zur Einsicht in seine Klausurarbeit zu geben.

§ 13 Bewertung der Prüfungsleistungen

- (1) ¹Die Noten für die einzelnen Prüfungsleistungen (Module oder Abschlussarbeiten) werden von den jeweiligen Prüfern festgesetzt. ²Für die Bewertung der Prüfungsleistungen sind folgende Noten zu verwenden:

- 1 = eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegt;
- 2 = eine Leistung, die über den durchschnittlichen Anforderungen liegt;
- 3 = eine Leistung, die durchschnittlichen Anforderungen entspricht;
- 4 = eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch den Anforderungen genügt;
- 5 = eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt.

³Zur differenzierten Bewertung der Prüfungsleistungen können die Noten um den Wert von 0,3 angehoben oder gesenkt werden. ⁴Die Noten 0,7, 4,3, 4,7 und 5,3 werden nicht vergeben.

- (2) Die Noten lauten:

Bei einem Durchschnitt bis einschließlich 1,5	=	sehr gut,
bei einem Durchschnitt von 1,6 bis einschl. 2,5	=	gut,
bei einem Durchschnitt von 2,6 bis einschl. 3,5	=	befriedigend,
bei einem Durchschnitt von 3,6 bis einschl. 4,0	=	ausreichend,
bei einem Durchschnitt über 4,0	=	nicht ausreichend.

- (3) ¹Die Gesamtnote der Prüfungsleistungen errechnet sich aus dem nach Leistungspunkten gewichteten Durchschnitt der Noten der einzelnen Prüfungsleistungen. ²Dabei wird nur die erste Dezimalstelle hinter dem Komma berücksichtigt; alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen.
- (4) ¹Die Bestimmungen für die einzelnen Studiengänge in den Besonderen Teilen dieser Ordnung können vorsehen, dass einzelne Prüfungsleistungen bei der Bildung der Gesamtnoten besonders gewichtet werden.
- (5) ¹Die nach (2) errechneten Gesamtnoten werden vom Prüfungsausschuss wie folgt in das European Credit Transfer System umgerechnet (niedrige Werte für Gesamtnoten zu erst; die Prozentzahlen beziehen sich auf die Gesamtzahl der bestandenen Prüfungen):

A = Excellent	=	ausgezeichnet	10%
B = Very good	=	sehr gut	25%
C = Good	=	gut	30%
D = Satisfactory	=	befriedigend	25%
E = Adequate	=	ausreichend	10%
F = Fail	=	nicht bestanden	

§ 14 Bestehen und Nichtbestehen

- (1) ¹Eine Prüfungsleistung zu einem Modul ist bestanden, wenn die Note mindestens „ausreichend“ (4,0 oder besser) ist. ²Leistungspunkte werden nur für bestandene Prüfungen vergeben.
- (2) ¹Die Orientierungsprüfung, Zwischenprüfung, Bachelorprüfung und Masterprüfung sind jeweils bestanden, wenn die im besonderen Teil aufgeführten Leistungen erbracht sind.
- (3) ¹Hat der Prüfling die Orientierungsprüfung, Zwischenprüfung, Bachelorprüfung oder Masterprüfung nicht bestanden, so erteilt der Vorsitzende des Prüfungsausschusses ihm hierüber Bescheid mit einer Rechtsbehelfsbelehrung.
- (4) ¹Hat ein Prüfling die Orientierungsprüfung, die Zwischenprüfung, die Bachelorprüfung oder die Masterprüfung endgültig nicht bestanden, wird ihm auf seinen Antrag gegen Vorlage der entsprechenden Nachweise und der Exmatrikulationsbescheinigung vom Prüfungsausschuss eine Bescheinigung ausgestellt, die die erbrachten Prüfungsleistungen und deren Noten sowie die zur jeweiligen Prüfung noch fehlenden Prüfungsleistungen enthält und erkennen lässt, dass die Prüfung endgültig nicht bestanden ist.

§ 15 Wiederholung von Prüfungsleistungen

- (1) ¹Prüfungsleistungen können wiederholt werden. ²Bei einer Wiederholungsprüfung werden nur die Prüfungsleistungen wiederholt, die beim ersten Prüfungsversuch schlechter als mit „ausreichend“ (4,0) benotet wurden. ³Die Noten der übrigen Prüfungsleistungen des ersten Prüfungsversuchs werden bei der Notenberechnung berücksichtigt. ⁴Es ist maximal eine Wiederholungsprüfung einer Prüfungsleistung, die zur Orientierungsprüfung gehört, zulässig. ⁵Bei allen anderen Prüfungsleistungen sind maximal drei Wiederholungsprüfungen zulässig.
- (2) ¹Wiederholungsprüfungen sind im Rahmen des nächstfolgenden Prüfungstermins für diese Prüfung abzulegen (vgl. § 10 Abs. 4). ²Zwischen der Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses der Erstprüfung und der Wiederholungsprüfung sollen mindestens drei Wochen liegen. ³Liegen zwischen der Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses der Erstprüfung und der Wiederholungsprüfung weniger als drei Wochen, so wird dem Prüfling ein Recht zur Abmeldung von der Prüfung zu diesem Termin eingeräumt.
- (3) ¹Eine zweite Wiederholung der Bachelor- oder der Masterarbeit ist ausgeschlossen.

§ 16 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß

- (1) ¹Prüflinge können von den Prüfungen innerhalb der festgesetzten Fristen und entsprechend der festgelegten Form zurücktreten.
- (2) ¹Eine Prüfungsleistung gilt als mit „nicht ausreichend“ bewertet, wenn der Prüfling zu einem Prüfungstermin ohne triftige Gründe nicht erscheint oder wenn er nach der in Absatz 1 genannten Frist oder nach Beginn der Prüfung ohne triftige Gründe von der Prüfung zurücktritt. ²Dasselbe gilt, wenn eine schriftliche Prüfungsleistung nicht innerhalb der vorgegebenen Bearbeitungszeit erbracht wird.
- (3) ¹Die für den Rücktritt oder das Versäumnis geltend gemachten Gründe sind dem Prüfungsausschuss unverzüglich (innerhalb von drei Werktagen) schriftlich anzuzeigen und glaubhaft zu machen. ²Bei Krankheit des Prüflings oder eines von ihm allein zu

versorgenden Kindes ist unverzüglich ein ärztliches Attest unter Angabe der voraussichtlichen Dauer der Prüfungsunfähigkeit vorzulegen. ³Werden die Gründe anerkannt, so gilt die Prüfung als nicht unternommen. ⁴Sie findet am nächstfolgenden Prüfungstermin für diese Prüfungsleistung statt. ⁵Die bereits vorliegenden Prüfungsergebnisse sind in diesem Fall anzurechnen.

- (4) ¹Bei lang anhaltender oder wiederholter Krankheit kann der Prüfungsausschuss ein Attest eines von der Universität Tübingen benannten Arztes verlangen.
- (5) ¹Versucht ein Prüfling, das Ergebnis seiner Prüfungsleistung durch Täuschung oder Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel zu beeinflussen, gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit „nicht ausreichend“ bewertet. ²Ein Prüfling, der den ordnungsgemäßen Ablauf der Prüfung stört, kann vom jeweiligen Prüfer oder von der aufsichtsführenden Person von der Fortsetzung der Prüfungsleistung ausgeschlossen werden; in diesem Fall gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit „nicht ausreichend“ bewertet. ³In schwerwiegenden Fällen kann der Prüfungsausschuss den Prüfling von der Erbringung weiterer Prüfungsleistungen ausschließen.
- (6) ¹Der Prüfling kann innerhalb einer Frist von einem Monat verlangen, dass Entscheidungen nach Absatz 5 vom Prüfungsausschuss überprüft werden. ²Belastende Entscheidungen sind den Betroffenen unverzüglich schriftlich mitzuteilen, zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

§ 17 Anrechnung von Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen

- (1) ¹Studienzeiten sowie Studien- und Prüfungsleistungen in demselben Studiengang an einer Universität oder einer gleichgestellten Hochschule in Deutschland werden ohne Gleichwertigkeitsprüfung angerechnet.
- (2) ¹Studienzeiten sowie Studien- und Prüfungsleistungen in anderen Studiengängen oder von nicht den Universitäten gleichgestellten Hochschulen werden angerechnet, soweit sie gleichwertig sind. ²Gleichwertigkeit ist gegeben, wenn Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen in Inhalt, Umfang und in den Anforderungen denen des betreffenden Studiengangs nach dieser Ordnung im Wesentlichen entsprechen. ³Dabei ist kein schematischer Vergleich, sondern eine Gesamtbetrachtung und Gesamtbewertung vorzunehmen.
- (3) ¹Für Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen in staatlich anerkannten Fernstudien gelten die Absätze 1 und 2 entsprechend; Absatz 2 gilt außerdem auch für Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen an anderen Bildungseinrichtungen, insbesondere an staatlichen oder staatlich anerkannten Berufsakademien.
- (4) ¹Bei der Anrechnung von Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen, die außerhalb Deutschlands erbracht wurden, sind die von Kultusministerkonferenz und Hochschulrektorenkonferenz gebilligten Äquivalenzvereinbarungen sowie Absprachen im Rahmen von Hochschulpartnerschaften zu beachten.
- (5) ¹Die Anerkennung von Teilen der Bachelor- oder der Masterprüfung kann versagt werden, wenn mehr als die Hälfte der Leistungspunkte der jeweiligen Prüfung oder die Bachelor- oder Masterarbeit anerkannt werden sollen; mindestens 60 Leistungspunkte sind in einem Studiengang nach dieser Ordnung an der Universität Tübingen zu erwerben.
- (6) ¹Werden Studien- und Prüfungsleistungen anerkannt, sind die Noten, soweit die Notensysteme vergleichbar sind, zu übernehmen und nach dem in § 13 angegebenen Bewertungsschlüssel in die Berechnung der Gesamtnote einzubeziehen. ²Bei unvergleichbaren Notensystemen wird der Vermerk „bestanden“ aufgenommen. ³Eine Kennzeichnung der Anrechnung im Zeugnis ist zulässig.
- (7) ¹Bei Vorliegen der Voraussetzungen von Absatz 1 bis 3 besteht ein Rechtsanspruch auf Anrechnung. ²Die Anrechnung von Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen, die in Deutschland erbracht wurden, erfolgt von Amts wegen. ³Der Prüfling hat die für die Anrechnung erforderlichen Unterlagen vorzulegen.
- (8) ¹Die Entscheidung über die Anrechnung von Prüfungsleistungen trifft der Prüfungsausschuss.

§ 18 Ungültigkeit von Prüfungen

- (1) ¹Hat der Prüfling bei einer Prüfungsleistung getäuscht und wird diese Tatsache erst nach der Aushändigung des Zeugnisses bekannt, kann die Note der Prüfungsleistung, bei deren Erbringung der Prüfling getäuscht hat, berichtigt werden. ²Gegebenenfalls kann die Modulprüfung für „nicht ausreichend“ und die Orientierungsprüfung, die Zwischenprüfung, die Bachelorprüfung oder die Masterprüfung für „nicht bestanden“ erklärt werden.
- (2) ¹Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer Prüfung nicht erfüllt, ohne dass der Prüfling hierüber täuschen wollte, und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so wird dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfung geheilt. ²Hat der Prüfling die Zulassung vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, so kann die Prüfung für „nicht ausreichend“ und die Orientierungsprüfung, die Zwischenprüfung, die Bachelorprüfung oder die Masterprüfung für „nicht bestanden“ erklärt werden.
- (3) ¹Dem Prüfling ist vor einer Entscheidung Gelegenheit zur Äußerung zu geben.
- (4) ¹Das unrichtige Prüfungszeugnis ist einzuziehen und gegebenenfalls ein neues zu erteilen. ²Mit dem unrichtigen Zeugnis ist auch die Bachelor- bzw. die Masterurkunde einzuziehen, wenn die Prüfung auf Grund einer Täuschungshandlung nach Absatz 1 für „nicht bestanden“ erklärt wurde. ³Eine Entscheidung nach Absatz 1 und Absatz 2 Satz 2 ist nach einer Frist von fünf Jahren, gerechnet vom Datum des Prüfungszeugnisses, ausgeschlossen.

§ 19 Einsicht in die Prüfungsakten

- (1) ¹Innerhalb eines Jahres nach Abschluss eines Prüfungsverfahrens wird dem Prüfling auf Antrag in angemessener Frist Einsicht in seine schriftlichen Prüfungsarbeiten, die darauf bezogenen Gutachten der Prüfer und in die Prüfungsprotokolle gewährt.
- (2) ¹Ein entsprechender Antrag ist schriftlich beim Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu stellen. ²Dieser bestimmt Ort und Zeit der Einsichtnahme.

II. Orientierungsprüfung

§ 20 Voraussetzungen für die Zulassung zur Orientierungsprüfung

¹Zur Orientierungsprüfung kann nur zugelassen werden, wer die allgemeinen Zulassungsvoraussetzungen nach § 9 erfüllt.

§ 21 Durchführung, Art und Umfang der Orientierungsprüfung

- (1) ¹Die Orientierungsprüfung wird studienbegleitend durchgeführt.
- (2) ¹Art und Umfang der Prüfungsleistungen sowie die Prüfungsanforderungen sind in den Besonderen Teilen dieser Ordnung geregelt.

III. Zwischenprüfung

§ 22 Voraussetzungen für die Zulassung zur Zwischenprüfung

¹Zur Zwischenprüfung kann nur zugelassen werden, wer

1. die allgemeinen Zulassungsvoraussetzungen nach § 9 erfüllt,
2. die Orientierungsprüfung seines Studiengangs bestanden hat oder gleichwertige Prüfungsleistungen nachweist.

§ 23 Durchführung, Art und Umfang der Zwischenprüfung

- (1) ¹Die Zwischenprüfung wird studienbegleitend durchgeführt.
- (2) ¹Art und Umfang der Prüfungsleistungen sowie die Prüfungsanforderungen sind in den Besonderen Teilen dieser Ordnung geregelt.

IV. Bachelorprüfung

§ 24 Voraussetzungen für die Zulassung zur Bachelorprüfung

¹Zur Bachelorprüfung kann nur zugelassen werden, wer

1. die allgemeinen Zulassungsvoraussetzungen nach § 9 erfüllt,
2. die Zwischenprüfung in seinem Studiengang bestanden hat oder gleichwertige Prüfungsleistungen nachweist.

§ 25 Durchführung, Art und Umfang der Bachelorprüfung

¹Die Bachelorprüfung wird studienbegleitend durchgeführt. ²Sie umfasst auch die Bachelorarbeit (§ 26). ³Art und Umfang der Prüfungsleistungen sowie die Prüfungsanforderungen sind in den Besonderen Teilen dieser Ordnung geregelt.

§ 26 Bachelorarbeit

- (1) ¹Die Bachelorarbeit ist eine Prüfungsarbeit. ²Das Thema wird von einem Prüfer nach § 7 im Rahmen eines Projektmoduls im dritten Jahr gestellt. ³Es ist dem Bereich der Biowissenschaften zu entnehmen. ⁴Findet der Prüfling keine Themenstellung der Bachelorarbeit, so sorgt der Vorsitzende des Prüfungsausschusses dafür, dass der Prüfling rechtzeitig ein Thema für seine Bachelorarbeit erhält.
- (2) ¹Erforderlich ist eine schriftliche Arbeit. ²Die Arbeit soll zeigen, dass der Verfasser in der Lage ist, ein Problem aus dem Themenbereich des zugrunde liegenden Projektmoduls selbstständig nach wissenschaftlichen Methoden zu bearbeiten und die gewonnenen Ergebnisse sachgerecht darzustellen.
- (3) ¹Der Umfang der Bachelorarbeit entspricht einer Arbeitszeit von 8 Wochen ganztags. ²Die Aufgabenstellung ist vom Betreuer so zu begrenzen, dass die zur Bearbeitung vorgesehene Zeit eingehalten werden kann. ³Das Bewertungsverfahren soll spätestens 4 Wochen nach Abgabe der Arbeit abgeschlossen sein.
- (4) ¹Die fertige Bachelorarbeit ist in einem gebundenen Exemplar sowie in elektronischer Form beim Prüfungsausschuss abzugeben. ²Der Abgabepunkt ist aktenkundig zu machen. ³Bei der Abgabe hat der Prüfling schriftlich zu versichern,
 1. dass er seine Arbeit bzw. bei einer Gruppenarbeit seinen entsprechend gekennzeichneten Anteil der Arbeit selbstständig verfasst hat,
 2. dass er keine anderen als die angegebenen Quellen benutzt und alle wörtlich oder sinngemäß aus anderen Werken übernommenen Aussagen als solche gekennzeichnet hat,
 3. dass die eingereichte Arbeit weder vollständig noch in wesentlichen Teilen Gegenstand eines anderen Prüfungsverfahrens gewesen ist.⁴Der Kandidat hat bis zum Abschluss des Prüfungsverfahrens die Materialien verfügbar zu halten, welche die eigenständige Abfassung der Arbeit belegen können.
- (5) ¹Die Bachelorarbeit wird von einem Prüfer bewertet, der der Betreuer der Arbeit sein kann. 2§ 13 Abs. 3 Satz 2 gilt entsprechend.

§ 27 Zeugnis der Bachelorprüfung

- (1) ¹Über die bestandene Bachelorprüfung wird ein Zeugnis ausgestellt, das
 1. den Namen des Studiengangs,
 2. das Thema und die Note der Bachelorarbeit,
 3. das Fachsemester, in dem die Prüfung abgeschlossen wurde,
 4. die Gesamtnote

enthält. ²Das Zeugnis ist vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu unterzeichnen. ³Es trägt das Datum des Tages, an dem die letzte Prüfungsleistung erbracht worden ist.

- (2) ¹Die Hochschule stellt ein Diploma Supplement (DS) entsprechend dem „Diploma Supplement Modell“ von Europäischer Union/Europarat/Unesco und eine Leistungsübersicht aus.

§ 28 Hochschulgrad und Bachelorurkunde

- (1) ¹Auf Grund der bestandenen Bachelorprüfung wird der Hochschulgrad eines „Bachelor of Science“ (abgekürzt: „B.Sc.“) verliehen.
- (2) ¹Gleichzeitig mit dem Zeugnis der Bachelorprüfung erhält der Prüfling eine Bachelorurkunde mit dem Datum des Zeugnisses. ²Darin wird die Verleihung des Bachelorgrades beurkundet. ³Die Urkunde wird zweisprachig, auf deutsch mit englischer Übersetzung ausgehändigt.
- (3) ¹Die Bachelorurkunde wird vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses und vom Dekan unterzeichnet und mit dem Siegel der Universität versehen. ²Mit der Aushändigung der Bachelorurkunde wird das Recht zur Führung des akademischen Grades „Bachelor of Science“ („B.Sc.“) begründet.

V. Masterprüfung

§ 29 Voraussetzungen für die Zulassung zur Masterprüfung

¹Zur Masterprüfung kann nur zugelassen werden, wer

1. die allgemeinen Zulassungsvoraussetzungen nach § 9 erfüllt,
2. die Bachelorprüfung in einem B.Sc.-Studiengang nach dieser Ordnung bestanden hat oder einen gleichwertigen Studienabschluss nachweist.

§ 30 Durchführung, Art und Umfang der Masterprüfung

¹Die Masterprüfung besteht aus den studienbegleitenden Prüfungsleistungen und der Masterarbeit (§ 31). ²Art und Umfang der Prüfungsleistungen sowie die Prüfungsanforderungen sind für jeden Studiengang in den Besonderen Teilen dieser Ordnung geregelt.

§ 31 Masterarbeit

- (1) ¹Die Masterarbeit ist eine schriftliche Abschlussarbeit. ²Das Thema ist dem Bereich der Biowissenschaften zu entnehmen. ³Sie soll zeigen, dass der Prüfling in der Lage ist, innerhalb einer vorgegebenen Frist eine Aufgabenstellung aus seinem Studienfach selbstständig nach wissenschaftlichen Methoden zu bearbeiten und die Ergebnisse sachgerecht darzustellen.
- (2) ¹Jede nach § 7 Abs. 2 Satz 1 in dem betreffenden Fach prüfungsberechtigte Person ist berechtigt, das Thema der Masterarbeit zu stellen und diese zu betreuen. ²Dem Prüfling ist Gelegenheit zu geben, Vorschläge für das Thema der Masterarbeit zu machen. ³Dieses ist mit dem Betreuer zu vereinbaren und mit einer Bestätigung des Betreuers dem Prüfungsausschuss vorzulegen. ⁴Findet der Prüfling keinen Betreuer, so sorgt der Vorsitzende des Prüfungsausschusses dafür, dass der Prüfling rechtzeitig ein Thema für seine Masterarbeit erhält. ⁵Thema und Zeitpunkt der Übernahme sind aktenkundig zu machen.
- (3) ¹Die Frist zur Anmeldung der Masterarbeit ist für die einzelnen Studiengänge im Besonderen Teil dieser Ordnung geregelt. ²Die Bearbeitungsfrist für die Masterarbeit beträgt sechs Monate. ³Art und Umfang der Aufgabenstellung sind vom Betreuer so zu begrenzen, dass die zur Bearbeitung vorgesehene Frist eingehalten werden kann. ⁴Die Bearbeitungszeit kann auf Antrag des Prüflings aus Gründen, die dieser nicht zu vertreten hat, vom Prüfungsausschuss um insgesamt höchstens drei Monate verlängert

werden. ⁵Die Gründe sind vom Prüfling in geeigneter Form schriftlich nachzuweisen. ⁶Das Bewertungsverfahren soll spätestens nach drei Monaten abgeschlossen sein.

- (4) ¹Die Masterarbeit ist in deutscher oder englischer Sprache abzufassen. ²Die Masterarbeit kann neben einem ausgedruckten Text auch multimediale Teile auf elektronischen Datenträgern enthalten, sofern die Themenstellung dies erfordert.
- (5) ¹Teile der Masterarbeit können auch in Form einer Gruppenarbeit zugelassen werden, wenn der als Prüfungsleistung zu bewertende Beitrag des einzelnen Prüflings auf Grund der Angabe von Abschnitten, Seitenzahlen oder anderen objektiven Kriterien, die eine eindeutige Abgrenzung ermöglichen, deutlich unterscheidbar und bewertbar ist und die Anforderungen nach Absatz 1 erfüllt.
- (6) ¹Innerhalb der Bearbeitungsfrist nach Absatz 3 ist die fertige Masterarbeit in zwei gebundenen Exemplaren sowie in elektronischer Form beim Prüfungsausschuss abzugeben. ²Der Abgabezeitpunkt ist aktenkundig zu machen. ³Bei der Abgabe hat der Prüfling schriftlich zu versichern,
1. dass er seine Arbeit bzw. bei einer Gruppenarbeit seinen entsprechend gekennzeichneten Anteil der Arbeit selbstständig verfasst hat,
 2. dass er keine anderen als die angegebenen Quellen benutzt und alle wörtlich oder sinngemäß aus anderen Werken übernommenen Aussagen als solche gekennzeichnet hat,
 3. dass die eingereichte Arbeit weder vollständig noch in wesentlichen Teilen Gegenstand eines anderen Prüfungsverfahrens gewesen ist.
- ⁴Der Kandidat hat bis zum Abschluss des Prüfungsverfahrens die Materialien verfügbar zu halten, welche die eigenständige Abfassung der Arbeit belegen können.
- (7) ¹Die Masterarbeit wird von zwei Prüfern bewertet. ²Einer der Prüfer ist der Betreuer der Masterarbeit. ³Bei der Bewertung wird der Durchschnitt gebildet. § 13 Abs. 3 Satz 2 gilt entsprechend.

§ 32 Zeugnis der Masterprüfung

- (1) ¹Über die bestandene Masterprüfung wird ein Zeugnis ausgestellt, das
1. den Namen des Studiengangs,
 2. ggf. die Nennung der Vertiefungsrichtung,
 3. das Thema und die Note der Masterarbeit,
 4. das Fachsemester, in dem die Prüfung abgeschlossen wurde und
 5. die Gesamtnote
- enthält. ²Das Zeugnis ist vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu unterzeichnen. ³Es trägt das Datum des Tages, an dem die letzte Prüfungsleistung erbracht worden ist.
- (2) ¹Die Hochschule stellt ein Diploma Supplement (DS) entsprechend dem „Diploma Supplement Modell“ von Europäischer Union/Europarat/Unesco und eine Leistungsübersicht aus.

§ 33 Hochschulgrad und Masterurkunde

- (1) ¹Auf Grund der bestandenen Masterprüfung wird der Hochschulgrad eines „Master of Science“ (abgekürzt: „M.Sc.“) verliehen.
- (2) ¹Gleichzeitig mit dem Zeugnis der Masterprüfung erhält der Prüfling eine Masterurkunde mit dem Datum des Zeugnisses. ²Darin wird die Verleihung des Mastergrades beurkundet. ³Die Urkunde wird zweisprachig, auf deutsch mit englischer Übersetzung ausgehändigt.
- (3) ¹Die Masterurkunde wird vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses und vom Dekan unterzeichnet und mit dem Siegel der Universität versehen. ²Mit der Aushändigung der Masterurkunde wird das Recht zur Führung des akademischen Grades „Master of Science“ („M.Sc.“) begründet.

VI. Übergangs- und Schlussbestimmungen

§ 34 Inkrafttreten

¹Diese Ordnung tritt zum 1. Oktober 2010 in Kraft. ²Gleichzeitig tritt die Prüfungsordnung der Universität Tübingen für den Bachelor-Studiengang Biologie vom 25. Mai 2007 (Amtliche Bekanntmachungen der Universität Tübingen 2007, Nr.6, S.112ff.) außer Kraft.

§ 35 Übergangsregelung

- (1) ¹Studierende, die ihr Studium in einem Diplomstudiengang der Fakultät für Biologie der Universität Tübingen vor Inkrafttreten dieser Ordnung begonnen haben, können nach Inkrafttreten dieser Ordnung nach den Bestimmungen der bisher geltenden Ordnung die Diplom-Vorprüfung und die Diplomprüfung ablegen.
- (2) ¹Studienzeiten sowie Studien- und Prüfungsleistungen an der Universität Tübingen in denselben Fächern eines Diplomstudiengangs werden innerhalb dieser Übergangsfrist ohne Gleichwertigkeitsprüfung angerechnet. ²Eine in demselben Fach an der Universität Tübingen nach der bisher geltenden Diplomprüfungsordnung im Rahmen der Diplom-Vorprüfung abgelegte Fachprüfung wird innerhalb dieser Übergangsfrist als mit der durch diese Ordnung geforderten Fachprüfung innerhalb der Vorprüfung gleichwertig anerkannt. ³Dies gilt auch für die Diplom-Vorprüfung als Ganzes.

Tübingen, den 4. März 2010

Professor Dr. Bernd Engler
Rektor

B.1 Besonderer Teil für den Studiengang Bachelor of Science in Biologie

Aufgrund von § 19 Abs. 1 Ziff. 9, § 34 Abs. 1 LHG in der Fassung vom 1.1.2005, zuletzt geändert durch das KIT-Zusammenführungsgesetz vom 14. Juli 2009, hat der Senat der Universität Tübingen am 18. Februar 2010 den nachstehenden Besonderen Teil für den Studiengang Bachelor of Science in Biologie der Prüfungs- und Studienordnung der Universität Tübingen für die Studiengänge der Fakultät für Biologie mit akademischer Abschlussprüfung Bachelor of Science (B.Sc.) und Master of Science (M.Sc.) beschlossen. Der Rektor hat seine Zustimmung am 4. März 2010 erteilt.

Inhaltsübersicht

§§

- 1 Geltung des Allgemeinen Teils
 - I. Ziele, Inhalte und Aufbau des Studiums
 - 2 Studienziele und Studieninhalte, Regelstudienzeit, Studiumumfang
 - 3 Studienaufbau, Vertiefung, Schwerpunkte, Module
- II. Vermittlung der Studieninhalte
 - 4 Arten von Lehrveranstaltungen
- III. Organisation des Studiums und der Lehre
 - 5 Pflicht-, Wahlpflicht- und Wahlmodule, Leistungspunkte

- IV. Orientierungsprüfung
- 6 Art und Durchführung der Orientierungsprüfung
- V. Zwischenprüfung
- 7 Art und Durchführung der Zwischenprüfung
- VI. Bachelorprüfung
- 8 Fachliche Zulassungsvoraussetzungen
- 9 Art und Durchführung der Bachelorprüfung
- 10 Bachelorarbeit
- 11 Bildung der Gesamtnote und Zeugnis
- VIII. Schlussbestimmung
- 12 Inkrafttreten

Alle Amts-, Status-, Funktions- und Berufsbezeichnungen in dieser Ordnung betreffen gleichermaßen Frauen und Männer.

§ 1 Geltung des Allgemeinen Teils

¹Die Prüfungs- und Studienordnung der Universität Tübingen für die Studiengänge der Fakultät für Biologie mit akademischer Abschlussprüfung Bachelor of Science (B.Sc.) und Master of Science (M.Sc.) — Allgemeiner Teil — ist in der jeweils geltenden Fassung Bestandteil dieser Ordnung. I. Ziele, Inhalte und Aufbau des Studiums

§ 2 Studienziele und Studieninhalte, Regelstudienzeit, Studenumfang

- (1) ¹Das Studium des B.Sc. in Biologie dient der Aneignung langfristiger, auf systematische kritische Erkenntnisgewinnung und Erkenntnisfortschritt gerichteter grundlegender wissen-schaftlicher Qualifikationen, die eine erste allgemeine wissenschaftlich fundierte berufsbezo-gene Qualifikation der Studierenden in biowissenschaftlichen Berufsfeldern begründen. ²Die Studierenden sollen lernen, wissenschaftliche Methoden und Erkenntnisse aus den Biowissenschaften anzuwenden, und die Fähigkeit erwerben aus allgemeinen, synthetischen Konzepten konkrete Fragestellungen abzuleiten und theoretisch wie praktisch zu analysieren und zu testen. ³Zusätzlich sollen sie persönliche Fähigkeiten wie korrektes wissen-schaft-liches Arbeiten, Teamarbeit, Effizienz, Präsentationstechniken in Wort und Schrift, Sicherheit am Arbeitsplatz und verantwortliches Handeln gegenüber Gesellschaft und Umwelt entwickeln.
- (2) ¹Die Regelstudienzeit im B.Sc.-Studiengang Biologie beträgt sechs Semester. ²Der Erwerb von insgesamt 180 Leistungspunkten ist Voraussetzung, um diesen B.Sc.-Studiengang erfolgreich abzuschließen.

§ 3 Studienaufbau, Vertiefung, Schwerpunkte, Module

- (1) ¹Das Studium der Biologie in einem B.Sc.-Studiengang gliedert sich in drei Studienjahre, die jeweils im Wintersemester beginnen. ²Das erste Jahr schließt mit der Orientierungsprüfung, das zweite mit der Zwischenprüfung und das dritte mit der Bachelorprüfung ab.
- (2) ¹Die Studierenden absolvieren im ersten und zweiten Studienjahr ein Pflichtprogramm von 120 Leistungspunkten (LP), welches aus 15 Grundmodulen besteht und wie folgt eingeteilt ist:

Grundmodule im ersten Studienjahr LP

1. Biomoleküle und Zelle 6
2. Bau und Funktion der Pflanzen und der Tiere 6
3. Botanik 6
4. Zoologie 6
5. Mathematik 9
6. Physik 9
7. Chemie 9
8. Biochemie 9
- gesamt 60

Grundmodule im zweiten Studienjahr LP

9. Tierphysiologie 9
10. Molekulare Biologie I (Zellbiologie, Genetik) 9
11. Molekulare Biologie II (Mikrobiologie, Pflanzenphysiologie) 12
12. Ökologie und Biodiversität I 9
13. Ökologie und Biodiversität II 9
14. Ethik 6
15. Mentorenprogramm 6
- gesamt 60

²Das dritte Studienjahr besteht aus Schwerpunktmodulen im Gesamtvolumen von 36 LP, einem Projektmodul von 12 LP und der Bachelorarbeit (§ 10). ³Mindestens 24 LP der Schwerpunktmodule sind aus dem Angebot der Fakultät Biologie zu wählen. 412 weitere LP können aus dem allgemeinen Angebot der Universität im Rahmen der zur Verfügung stehenden Kapazität gewählt werden.

II. Vermittlung der Studieninhalte

§ 4 Arten von Lehrveranstaltungen

(1) ¹Lehrveranstaltungen der folgenden Arten werden regelmäßig angeboten:

1. Vorlesungen
2. Seminare und Kolloquien
3. Übungen und Praktika
4. Exkursionen
5. Tutorien

²Lehrveranstaltungen können in englischer Sprache stattfinden; es wird vorausgesetzt, dass die Studierenden Englisch in Wort und Schrift beherrschen. ³Für Lehrveranstaltungen, die ganz oder überwiegend aus Elementen der Veranstaltungstypen von Satz 1 Ziffer 2 bis 5 bestehen, können zahlenmäßige Zugangsbeschränkungen festgelegt werden. ⁴In diesen Lehrveranstaltungen sollen insbesondere fachspezifische Arbeitstechniken und auch überfachliche berufsfeldorientierte Qualifikationen vermittelt werden. ⁵Außerdem sollen die Studierenden die Gelegenheit haben, in kleineren Gruppen die Fähigkeit zu entwickeln, erarbeitete Kenntnisse mündlich und schriftlich wiederzugeben.

III. Organisation des Studiums und der Lehre

§ 5 Pflicht-, Wahlpflicht- und Wahlmodule, Leistungspunkte

- (1) ¹Das Studium dieses Studiengangs gliedert sich bis zur Zwischenprüfung in verpflichtende Grundmodule (siehe § 3) mit einem Gesamtumfang von 120 Leistungs-punkten. Daran schließen sich im dritten Jahr als Wahlpflichtprogramm Schwerpunktmodule (36 LP), ein Projektmodul (12 LP) und eine Bachelorarbeit (12 LP) an.
- (2) ¹Für jeden erfolgreich absolvierten Abschluss eines Moduls werden die entsprechende Anzahl Leistungspunkte vergeben.

IV. Orientierungsprüfung

§ 6 Art und Durchführung der Orientierungsprüfung

- (1) ¹Die Orientierungsprüfung besteht aus folgenden studienbegleitenden Prüfungsleistungen
 1. Biomoleküle und Zelle
 2. Bau und Funktion der Pflanzen und der Tiere
 3. Botanik
 4. Zoologie
- (2) ¹Die Orientierungsprüfung ist bestanden, wenn alle in (1) aufgeführten studienbegleitenden Prüfungsleistungen bestanden sind.
- (3) ¹Eine Gesamtnote für die Orientierungsprüfung wird nicht ermittelt.

V. Zwischenprüfung

§ 7 Art und Durchführung der Zwischenprüfung

- (1) ¹Die Zwischenprüfung besteht aus den 15 studienbegleitenden Prüfungsleistungen der in § 3 Abs. 2 genannten Grundmodule.
- (2) ¹Die Zwischenprüfung gilt als bestanden, wenn alle Leistungspunkte des ersten Studienjahres und mindestens 42 Leistungspunkte des zweiten Jahres erworben wurden.
- (3) ¹Eine Gesamtnote für die Zwischenprüfung wird nicht ermittelt.

VI. Bachelorprüfung

§ 8 Fachliche Zulassungsvoraussetzungen

¹Fachliche Zulassungsvoraussetzung sind:

1. der erfolgreiche Abschluss aller Grundmodule des ersten und zweiten Studienjahrs;
2. die regelmäßige und erfolgreiche Teilnahme an Schwerpunktmodulen gemäß § 5 Abs. 1;
3. die regelmäßige und erfolgreiche Teilnahme an einem Projektmodul gemäß § 5 Abs. 1;
4. die erfolgreiche Anfertigung einer Bachelorarbeit.

§ 9 Art und Durchführung der Bachelorprüfung

- (1) ¹Die Bachelorprüfung wird studienbegleitend abgelegt. ²Sie besteht aus den Prüfungsleistungen der Grundmodule, der Schwerpunktmodule und des Projektmoduls. Die Bachelorprüfung umfasst ferner die Bachelorarbeit (§ 10).

- (2) ¹Der Zeitpunkt, die Art und der Umfang der studienbegleitenden Prüfungen sind vom jeweiligen Leiter der Lehrveranstaltung des Schwerpunktmoduls zu Beginn des Semesters, in der Regel im Modulhandbuch, allen Studierenden, die an dem Schwerpunktmodul teilnehmen, bekannt zu geben. ²Das gleiche gilt für das Projektmodul.

§ 10 Bachelorarbeit

¹Die Bachelorarbeit soll sich inhaltlich am Projektmodul ausrichten. ²Sie kann nur begonnen werden, wenn die Module des ersten und zweiten Jahres vollständig abgeschlossen sind. ³Für die erfolgreich absolvierte Bachelorarbeit werden 12 LP vergeben. ⁴Sie ist in § 26 im Allgemeinen Teil dieser Ordnung geregelt.

§ 11 Bildung der Gesamtnote

¹Die Gesamtnote der Bachelorprüfung ist der Mittelwert der mit den Leistungspunkten gewichteten Noten aller benoteten Grundmodule, Schwerpunktmodule, des Projektmoduls und der Bachelorarbeit. Darüber hinaus werden die Grundmodule 6 bis 9 mit einem Faktor 0.5, die Module des 3. Studienjahres (Schwerpunktmodule, Projektmoduls und Bachelorarbeit) mit einem Faktor 2 gewichtet. § 13 Abs. 3 Satz 2 im Allgemeinen Teil dieser Ordnung gilt entsprechend.

VII. Schlussbestimmung

§ 12 Inkrafttreten

Diese Ordnung tritt am 1. Oktober 2010 in Kraft.

Tübingen, den 4. März 2010

Professor Dr. Bernd Engler
Rektor

Siebte Satzung zur Änderung der Promotionsordnung der Universität Tübingen für die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät

Aufgrund von § 38 Abs. 4 Satz 1 des Landeshochschulgesetzes (LHG) vom 1. Januar 2005 (GBI S. 1), zuletzt geändert durch Artikel 3 KIT-Zusammenführungsgesetz vom 14.07.2009 (GBI S. 317) hat der Senat der Universität Tübingen in seiner Sitzung am 28.01.2010 die nachstehende Änderung der Promotionsordnung der Universität Tübingen für die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät vom 31.05.1990 (W.u.K. 1990. S. 296ff), zuletzt geändert am 06.07.2007 (A.B.d.U.T. 2007, S. 300), beschlossen.

Artikel 1

Nach § 20 wird folgender § 20a eingefügt:

„§ 20a Besondere Bestimmungen für die Promotion in gemeinsamer Betreuung mit einer ausländischen Universität

- (1) Promotionsverfahren können in gemeinsamer Betreuung mit einer ausländischen Universität durchgeführt werden, wenn mit der ausländischen Universität eine Vereinbarung getroffen wurde, der der Promotionsausschuss zugestimmt hat. Es gelten die Regelungen dieser Promotionsordnung, soweit im Folgenden nichts Abweichendes bestimmt ist.
- (2) Der Bewerber wird von je einem akademischen Lehrer der beiden beteiligten Universitäten betreut. Der Betreuer aus der ausländischen Universität wird im Tübinger Promotionsverfahren als Zweitberichterstatter bestellt, bei dessen Verhinderung ein anderes, von der ausländischen Universität vorgeschlagenes Mitglied der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät am Promotionsverfahren der ausländischen Universität teilnimmt.
- (3) Findet eine gleichwertige mündliche Prüfung an der ausländischen Universität unter Mitwirkung des Tübinger Betreuers oder eines ersatzweise bestellten Mitglieds der Universität Tübingen statt, so kann hierdurch die mündliche Promotionsleistung nach dieser Promotionsordnung ersetzt werden. In diesem Fall wird keine Gesamtnote gebildet. Näheres regelt die mit der ausländischen Universität abzuschließende Vereinbarung.
- (4) Wird eine mündliche Prüfung nach dieser Promotionsordnung durchgeführt, so können Professoren der ausländischen Universität als Prüfer bestellt werden. Näheres regelt die abzuschließende Vereinbarung.
- (5) Der Doktorgrad und der entsprechende ausländische Grad können von beiden Universitäten gemeinsam verliehen werden. Werden über die Verleihung der Grade zwei getrennte Urkunden ausgestellt, enthalten diese den Hinweis darauf, dass es sich um eine Promotion in gemeinsamer Betreuung handelt. In allen Fällen ist zu vermerken, dass der Promovierte das Recht hat, den Doktorgrad entweder in der deutschen oder in der ausländischen Form zu führen und dass in Klammern die Namen der beiden Universitäten, die das Promotionsverfahren betreut haben, hinzugefügt werden können. Über die Bewertung der Promotionsleistungen werden von beiden Universitäten immer getrennte Zeugnisse ausgestellt.

Artikel 2

Diese Änderungen treten am Tag der Veröffentlichung in den Amtlichen Bekanntmachungen in Kraft.

Tübingen, den 01.02.2010

Professor Dr. Bernd Engler
Rektor

VOLLZUG VON BESCHLÜSSEN VON SENAT UND UNIVERSITÄTSRAT

Neueinrichtung oder Änderung von Universitätseinrichtungen:

Auflösung der Abteilungsstrukturen im Institut für Politikwissenschaft

Die Fakultät für Sozial- und Verhaltenswissenschaften hat beantragt, folgende Abteilungen im Institut für Politikwissenschaft aufzulösen:

Abt. I „Innenpolitik und Europäische Integration und Politische Theorie“

Abt. II „Internationale Beziehungen/Friedens- und Konfliktforschung

Abt. III: „Vergleichende Analyse politischer Systeme und Empirische Politikforschung“

Der Senat hat in seiner Sitzung am 17. Dezember 2009 einen zustimmenden Beschluss im Sinne von § 19 Absatz 1 Nr. 7 des Landeshochschulgesetzes (LHG) gefasst. Der Universitätsrat hat dazu in seiner Sitzung am 15. Februar 2010 entsprechend § 20 Absatz 1 Nr. 9 LHG eine positive Stellungnahme gegeben.

Die genannten Abteilungen im Institut für Politikwissenschaft sind damit aufgelöst.

Tübingen, den 17. Februar 2010

Erweiterung der Institutsbezeichnung des „Instituts für ökumenische Forschung“ in „Institut für ökumenische und interreligiöse Forschung“

Nach Beschlussfassung des Senats in seiner Sitzung am 28. Januar 2010 entsprechend § 19 Absatz 1 Nr. 7 LHG stimmte der Universitätsrat in seiner Sitzung am 15. Februar 2010 entsprechend § 20 Absatz 1 Nr. 9 LHG der Erweiterung der Institutsbezeichnung in „Institut für ökumenische und interreligiöse Forschung“ zu.

Tübingen, den 16. Februar 2010

VOLLZUG VON BESCHLÜSSEN DES VORSTANDES UND AUFSICHTSRATS DES UNIVERSITÄTSKLINIKUMS TÜBINGEN

Änderung der Gliederung des Universitätsklinikums Tübingen

Einrichtung der Abteilung „Neurologie mit Schwerpunkt Epileptologie“

Im Berufungsverfahren zur Wiederbesetzung der W3-Professur für Allgemeine Neurologie (Nachfolge Prof. Weller) wurden mittlerweile zwei Professuren ausgeschrieben, eine W3-Professur für Neurologie mit Schwerpunkt Neuroimmunologie und Neuroonkologie sowie eine zweite W3-Professur für Neurologie mit Schwerpunkt Epileptologie. Mittlerweile hat Herr Prof. Dr. Holger Lerche erfreulicherweise den Ruf auf letztere Professur angenommen.

An der Neurologischen Univ.-Klinik soll daher eine vierte Abteilung „Neurologie mit Schwerpunkt Epileptologie“ mit der Ordnungsziffer 10.4 eingerichtet werden.

Gem. § 7 Abs. 1 UKG ist bei der Errichtung, Aufhebung und Veränderung von Abteilungen, der Bestellung und Abberufung von Abteilungsleitern sowie den allgemeinen Regelungen der Organisation des Universitätsklinikums das Einvernehmen der Med. Fakultät erforderlich.

Gem. § 3 Abs. 1 Satzung UKT entscheidet der Klinikumsvorstand über die Errichtung, Aufhebung und Veränderung von Organisationseinheiten; soweit Forschung und Lehre betroffen sind, wird unter Beachtung der gesetzlich vorgeschriebenen Beteiligungen entschieden.

Klinikums- und Fakultätsvorstand beschlossen die Einrichtung einer neuen Abteilung „Neurologie mit Schwerpunkt Epileptologie“ an der Neurologischen Klinik in ihren Sitzungen vom 20.10.2009.

Die Beschlussfassung des Fakultätsrats zur Einrichtung der neuen Abteilung gem. § 25 Abs. 1 Ziffer 2 LHG erfolgte in dessen Sitzung vom 13.10.2009.

Gem. § 9 Abs. 1 Satz 2 Ziffer 1 UKG und § 2 Abs. 3 Ziffer 2 Satzung UKT entscheidet der Aufsichtsrat über die Änderung der Satzung und die Grundsätze der Gliederung des UKT.

Der Aufsichtsrat stimmte der Neueinrichtung einer Abteilung „Neurologie mit Schwerpunkt Epileptologie“ in seiner Sitzung vom 1.10.2009 zu.

Der Senat der Universität erteilte seine Zustimmung zur Einrichtung der neuen Abteilung gem. § 19 Abs. 1 Ziffer 7 LHG am 26.11.2009 sowie der Hochschulrat gem. § 20 Abs. 1 Ziffer 9 LHG im schriftlichen Umlauf am 17.12.2009.

Gemäß § 13 Abs. 2 UKG wird die Satzung des Universitätsklinikums vom Wissenschaftsministerium erlassen. Änderungen der Satzung und der Gliederung bedürfen der Genehmigung des Wissenschaftsministeriums, die mit Schreiben vom 20.10.2010 erteilt wurde.

Tübingen, den 25.01.2010

Prof. Dr. Bamberg
Leitender Ärztlicher Direktor

Sonntag
Kaufmännische Direktorin

